

Solidarität mit den Beschäftigten der VAC in Hanau

von Roger Podstatny



„Wir fordern die Geschäftsleitung der VAC auf, unverzüglich die volle Tarifbindung im Unternehmen wieder herzustellen und zu den Prinzipien sozialpartnerschaftlichen Verhaltens zurückzukehren. Wir fordern unsere Mitglieder und Sympathisanten auf, sich im Online-Solidaritätsbuch einzutragen und die Aktionen der Beschäftigten solidarisch zu unterstützen“, erklärt Roger Podstatny, Vorsitzender der AfA Frankfurt.

Die Beschäftigten der VAC in Hanau haben, unter Führung ihrer Gewerkschaft IG Metall mit Protestaktionen und Warnstreiks begonnen. Für dieses Vorgehen gibt es gute Gründe: Die Geschäftsführung der VAC ist bereits in Juni 2008 aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten. Die Tarifbindung ist somit aufgehoben. Mit diesem Schritt ist die Geschäftsführung den Beschäftigten kräftig an die Löhne gegangen. Sie hat sich damit außerdem die Möglichkeit geschaffen, langfristig die Arbeitsbedingungen massiv zu verschlechtern.

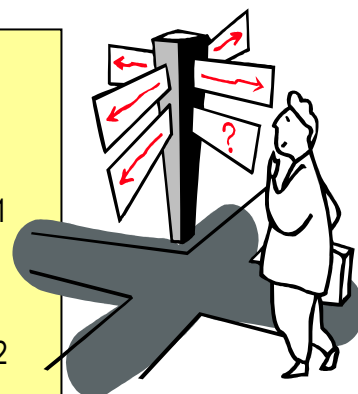
Dieser Schritt ist ein frontaler Angriff auf die Tarifautonomie und auf die sozialen Standards der Beschäftigten. Die Arbeitgeber der VAC haben nicht begriffen, dass die Demontage der Tarifautonomie auch eine Demontage der Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft darstellt. Gleichzeitig haben sie mit ihrer Entscheidung einen wichtigen Standortvorteil in Deutschland in Frage gestellt.

Wir, die Betriebsräte und Gewerkschafter in der SPD Frankfurt, kritisieren das Vorgehen der Geschäftsleitung der VAC aufs Schärfste. Die Handlungsweise der Geschäftsleitung ist skandalös und provoziert zu Recht den massiven Widerstand der Beschäftigten über den Standort Hanau hinaus.

Weitere Informationen findet ihr online unter: www.vac-tarifflicht.de
Zusätzlich gibt es ein Online-Solidaritätsbuch unter: www.soli.vac-tarifflicht.de.
Tragt euch ein!

Inhalt

Solidarität mit den Beschäftigten der VAC in Hanau	Seite 1
Krankenhaus Höchst: Fließband oder Menschlichkeit?	Seite 2
Impressum	Seite 4
Termine	Seite 4



Krankenhaus Höchst: Fließband oder Menschlichkeit?

von Hans Busch



Nach jahrelanger Untätigkeit setzte nun die schwarz-grüne Stadtregierung rigoros die Beschränkung der demokratischen Kontrolle für das Höchster Krankenhaus durch und kündigte Personalabbau bei gleichzeitiger Steigerung

der Patientenzahlen an. Was das für die Qualität der medizinischen Versorgung, den Alltag der Beschäftigten und den Erhalt der Klinik insgesamt bedeutet, wollte die Mehrheit im Stadtparlament nicht ernsthaft diskutieren.

Noch hat Frankfurt am Main mit der Klinik in Höchst ein städtisches Krankenhaus der Maximalversorgung, bei dem manche Fachbereiche sogar internationale Anerkennung genießen. Noch – das muss man seit der August-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung betonen. Denn Schwarz-Grün bekannte sich zu einer rein an Gewinnoptimierung ausgerichteten Zukunftsstrategie und stellte die Weichen für eine Unternehmensspitze, die weitgehend unkontrolliert schalten und walten kann. Ein so komplexes Gebilde wie ein Krankenhaus nur aus der Perspektive der Wirtschaftlichkeit zu betrachten und alle anderen Faktoren zu ignorieren, ist ein gefährlicher Weg.

Das Höchster Krankenhaus stand und steht durch seine günstige Lage und das große Einzugsgebiet im Fokus vieler Begehrlichkeiten. Wenn es keine städtische Bindung mehr hätte und keine Maximalversorgung

mehr anböte, ließe es sich prima vermarkten. Stimmen bei CDU und Grünen drängen schon lange darauf. Auch private Konzerne würden gerne in der Klinik mitmischen. Wenn keine Maximalversorgung mehr erfolgt, sondern nur noch gewinnträchtige Behandlungen angeboten werden und wenn man sich weitgehend auf „attraktive“, also zahlungskräftige Patientengruppen konzentrieren kann, wittert mancher fette Gewinnchancen. Dass die Reduzierung des Maximalangebotes der städtischen Klinik oder sogar ihre Privatisierung bisher erfolgreich abgewehrt werden konnten, lag vor allem am Druck aus den westlichen Stadtteilen. Dort forderten Honoratioren und Bürgerschaft ebenso lautstark wie parteiübergreifend den Verbleib des Krankenhauses in städtischem Besitz und den Erhalt aller Stationen. Sogar Oberbürgermeisterin Petra Roth kapitulierte vor dieser geballten Macht und versprach 2004 schließlich öffentlich, es werde keine Privatisierung und keinen Abbau medizinischer Abteilungen geben, stattdessen käme nun umgehend der Neubau für das alte Haus. Dann wurde es erst einmal still seitens der Stadtregierung.

Nach einer gewissen Schamfrist wird jetzt versucht, die Umbrüche im Krankenhaus weitgehend hinter dem Rücken der Öffentlichkeit und ohne Einspruchsmöglichkeiten für die Beschäftigten durchzusetzen. Zu diesem Zweck folgten die Stadtverordneten von CDU und Grünen ihrer Obrigkeit und stimmten im letzten Monat pflichtschuldig für die Änderung der Betriebsatzung. Diese Änderung gibt dem vor vier Monaten bestellten Verwaltungsdirektor alle Fäden in die Hand. Er wird der bisherigen Klinikleitung, einem dreiköpfigen Direktorium aus Verwaltungsdirektor, ärztlichem Direktor und Pflegedienstdirektor, einfach als Weisungsbefugter vor die Nase gesetzt. Zwar wird er noch durch einen ärztlichen Direktor ergänzt, wohl aber nur als Stellvertreter. Zusätzlich wird die gesetzlich vorgeschriebene Kontrolle durch die Betriebskommission, das verantwortliche Aufsichtsorgan, konsequent zurückgedrängt. Und das,

obwohl Schwarz-Grün sowieso schon eine absolute Mehrheit in der Kommission hat – da scheint man nicht einmal den eigenen Leuten zu trauen, wenn es hart auf hart kommt. So wird der Weg freigemacht für einen „Sanierer“, der „ohne erst lange bei allen möglichen Gremien nachzufragen gleich handeln“, „durchgreifen“ und „schnelle Entscheidungen“ treffen kann – wie es Gesundheitsdezernentin Manuela Rottmann (Grüne) beschrieb. Das verheißt nichts Gutes für die Zukunft. Dazu passt, was der Verwaltungsdirektor gerade erst verkündet hat: Er wolle zusätzlich zu den schon erfolgten Konsolidierungsmaßnahmen weitere hundert Stellen abbauen bei gleichzeitiger Steigerung der Patientenzahlen um 20 Prozent jährlich (also 7.000 Kranke mehr).

Tatsächlich kann im Krankenhaus Höchst nicht alles einfach so bleiben, wie es schon immer war. Seit vielen Jahren schreibt die Klinik rote Zahlen und die Stadt ringt um Konzepte, die einerseits den vielfältigen Service für Bürgerinnen und Bürger sichern, andererseits aber auch das Defizit verringern sollen. Fairerweise muss man aber dazusagen, dass dieses Defizit nicht nur durch den „unrentablen“ Tagesbetrieb entstanden ist, sondern auch durch den Sanierungs- bzw. Investitionsstau bei Gebäuden und medizinischer Ausstattung. Über Jahrzehnte hat man zu wenig Geld in die Klinik gesteckt, der dringend erforderliche Neubau wird seit 1999 versprochen und diskutiert, aber nicht richtig in die Gänge gebracht. So hat man die Dinge zu lange einfach laufen lassen – vielleicht sogar mit dem Hintergedanken, dass in einer völlig verfahrenen Situation eine Privatisierung leichter durchzusetzen wäre.

Umso schwieriger ist es nun, einen vernünftigen Sanierungsplan umzusetzen. Fachlich sind sich alle einig, dass der seit fast zehn Jahren versprochene Neubau für die Klinik Entlastungen bringen würde, weil in einem modernen Gebäude manche Abläufe effektiver und weniger personalintensiv gestaltet werden könnten. Doch schon bei der nächsten einfachen Erkenntnis, die eigentlich jedem klar

sein sollte, löst sich diese Einmütigkeit wieder auf. Nämlich dass ein großer Betrieb wie das Krankenhaus nur auf Kurs gebracht werden kann, wenn alle – Politik, Ärzte, Pflegepersonal – an einem Strang ziehen. Das scheint die Mehrheit in Magistrat und Stadtverordnetenversammlung vergessen zu haben. Stattdessen wird über die Köpfe von Ärzten und Pflegekräften hinweg geplant und künftig auch gehandelt. Dabei hatte das ehemalige, dreiköpfige Leitungsteam in den letzten Jahren schon Erfolge vorzuweisen: Die gemeinsame Kraftanstrengung von Klinikleitung und Personal führte seit 2006 zu einer Kostenreduzierung von zwölf auf sechs Millionen Euro.

Wenn nach den geänderten Strukturen der von der Gesundheitsdezernentin angekündigte „frische Wind“ nun ungehindert durch die Korridore des Krankenhauses Höchst wehen kann, könnte diese Brise auch Folgen haben, die vorher nicht bedacht wurden. Die fachliche Qualität des Hauses wird bei weiterem Personalabbau kaum zu halten sein, und die Kranken werden das ausbaden haben. Von der nachlassenden Motivation der Pflegekräfte bei dauernder Überlastung ist gar nicht erst zu reden. Und warum sollten national und international begehrte Ärztinnen und Ärzte in einer Klinik bleiben, wo das Betriebsklima sich verschlechtert und ihre Meinung über rein fachlich-medizinische Aspekte hinaus überhaupt nicht mehr gefragt ist?

Nun kann man, wie die Gesundheitsdezernentin und die schwarz-grüne Mehrheit im Römer alle als Miesmacher diskreditieren, die solche Fragen zu stellen wagen. Man kann es als Hochverrat anprangern, wenn jemand Zweifel an einem Konzept äußert, das mehr Kranke mit weniger Pflegekräften angemessen versorgen will, obwohl die Pflegenden in Höchst jetzt schon vielfach am Rande ihrer Leistungsfähigkeit stehen. Man kann so tun, als könne man auf dem umkämpften Gesundheitsmarkt Rhein-Main jährlich mal eben so 7.000 weitere Patienten an Land ziehen. Man

kann demokratische Gremien wie eine Betriebskommission als langatmige, wichtigerische Versammlungen lächerlich machen, indem man mit geschickter Rhetorik wortreich beklagt, dass sie „über die Beschaffung jeder Türklinke“ abstimmen wollten. Man kann versuchen, die Beschäftigten der Klinik einzuschüchtern, indem man betriebsbedingte Kündigungen und weitere Sanierungstarifverträge nur dann ausschließt, wenn sie die Pläne des neuen Verwaltungschefs nicht hinterfragen. Man kann sogar Bundesministerin Ulla Schmidt als alleinigen Sündenbock für die gesamten Probleme im Gesundheitswesen hinstellen und geflissentlich ignorieren, dass die Grünen in der Regierung Schröder und die Christdemokraten in der Regierung Merkel an allen Änderungen der Gesundheitspolitik aktiv beteiligt waren. Man kann europäische Regelungen, die man sonst auch einmal gerne zu umgehen versucht, als Grund dafür vorschieben, dass man dem Krankenhaus Höchst keine dauerhafte Subventionierung gewähren will. Aber man kann niemanden zwingen, das alles zu glauben – weder kritische Bürgerinnen und Bürger, noch Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen.

Auch in einer modernen Welt haben sich soziale Verantwortung und kommunale Daseinsvorsorge nicht automatisch einem

pseudo-wirtschaftlichen Denken unterzuordnen, das außer Optimierung, Flexibilisierung und Rationalisierung nichts mehr kennt. Der neue Verwaltungsdirektor des Höchster Krankenhauses beschrieb seine Vorstellung von besseren Abläufen in der Klinik, indem er darauf hinwies, wie die großen Autokonzerne durch Automatisierung und mehr Fließbandarbeit ihre Personal- und Sachkosten gedrückt hätten. Er vergaß dabei nur, dass Menschen keine Autos sind. Wir haben das nicht vergessen. Und wir werden die Stadtregierung immer wieder daran erinnern.

Impressum:

Die Zeitung „Freundeskreis – Die linke Mitte“ erscheint nach Bedarf. Abdruck - auch auszugsweise - nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Die redaktionellen Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Herausgeber, Verantwortlich für den Inhalt:

Freundeskreis,
c/o. Roger Podstatny, Karl-Blum-Allee 14,
65929 Frankfurt

Redaktion: Roger Podstatny, Ursula Busch

Autoren: Mitglieder des Freundeskreises

Gedruckt durch Eigenvervielfältigung

**Beim nächsten Treffen
am Freitag, dem 19. September 2008,
um 17:30 Uhr
im Fraktionssitzungssaal Haus Silberberg/Römer
diskutieren wir mit Gregor Amann, MdB
über Situation und Zukunftsperspektiven der Bundespolitik.**

Wir sind ein offener Kreis, deshalb sind alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bei unseren Treffen herzlich willkommen. Diese Einladung kann gerne weitergegeben werden.